

Antrag

**der Abgeordneten Prof. Dr. Götz Wiese, David Erkalp, Dr. Anke Frieling,
Andreas Grutzeck, Silke Seif (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 22/5486

Betr.: Bessere Rahmenbedingungen für Hamburgs Gründerinnen – jetzt!

Nur 15,7 Prozent aller Start-ups deutschlandweit wurden von Frauen gegründet (Quelle: Female Founders Monitor). In Hamburg haben von den aktuell knapp 1.300 Start-ups nur 15,3 Prozent eine weibliche Geschäftsführung. Für eine Gründerstadt wie Hamburg können diese Zahlen nicht zufriedenstellend sein.

Aus diesem Grund hat die CDU-Bürgerschaftsfraktion den Senat mit der Drs. 21/10260 bereits 2017 aufgefordert, gemeinsam mit Vertretern der Hamburger Start-up-Szene, Wirtschaftsverbänden, Vertretern der Hamburger Universitäten und Hochschulen sowie Handels- und Handwerkskammer in einen Dialogprozess zu treten, um die Situation der Gründerinnen in Hamburg zu diskutieren. Es sollte eine Dokumentation erstellt werden, die neben der Situationsanalyse auch Vorschläge von Maßnahmen enthält, um den Frauenanteil in der Hamburger Gründerszene nachhaltig zu erhöhen.

Darauf aufbauend hat der damalige Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien mit der Drs. 21/12459 der Bürgerschaft einstimmig empfohlen, einen systematischen Überblick über die öffentlichen Förderangebote (Beratung, Finanzierung, Vernetzung) für Unternehmensgründungen und -übernahmen durch Frauen zu erstellen. Zudem sollte darauf hingewirkt werden, dass bei der Förderung von Existenzgründungen aus öffentlichen Mitteln auf eine zielgruppengerechte Ansprache von Gründerinnen und eine explizite Adressierung ihrer Belange geachtet wird. Dazu sollte auch die Stabstelle Gleichstellung aktiv einbezogen werden.

Obwohl der Senat ersucht wurde, der Bürgerschaft hierüber bis zum 31. Dezember 2018 zu berichten, wurde der Bericht erst Anfang 2020 vorgelegt (Drs. 21/20081). Hier hieß es unter anderem, dass weitere entsprechende Maßnahmen zum Zwecke der Gründerinnenförderung geprüft würden. Seitdem ist jedoch wenig Fortschritt erkennbar. Es ist daher erfreulich, dass die Regierungskoalition das von der CDU angestoßene Thema erneut aufgegriffen hat und der parlamentarische Diskurs fortgesetzt wird.

Das Thema Frauenförderung bei Start-up- und Unternehmensgründungen ist zu wichtig, als dass es der rot-grüne Senat weiter auf die lange Bank schieben darf. Trotz marginaler Verbesserungen der Statistiken muss die Stadt Hamburg im Sinne einer glaubwürdigen Frauenförderung weiter aktiv dazu beitragen, den Anteil weiblicher Gründer signifikant zu steigern. Dafür müssen geeignete Maßnahmen aufgezeigt, gründlich analysiert und anschließend umgesetzt werden. Dies dient der Diversität der Start-up-Szene und schafft damit eine wichtige Grundlage für den nachhaltigen Erfolg des Wirtschaftsstandorts Hamburg.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. darzulegen, welche Maßnahmen seit dem letzten Bericht (Drs. 21/20081) ergriffen wurden, um den Anteil weiblicher Gründungen signifikant zu steigern;
2. einen Katalog von geeigneten und konkreten Maßnahmen zu erstellen, mit deren Hilfe der Frauenanteil in der Hamburger Gründerszene nachhaltig erhöht werden kann;
3. zu prüfen, inwiefern bereits bestehende Förderprogramme für Start-ups so modifiziert werden können, dass sie auch die individuellen Bedürfnisse von Gründerinnen (zum Beispiel in speziellen Lebensphasen wie Familienplanung, Kinderbetreuung et cetera) berücksichtigen;
4. mehr spezifische Vernetzungsmöglichkeiten, Informationsangebote und Veranstaltungsformate für Gründerinnen zu schaffen;
5. die Sichtbarkeit von Gründerinnen auf Online-Plattformen der Hamburger Startup-Szene zu verbessern;
6. die zuvor genannten Punkte in ein Gesamtkonzept für die Stärkung von Gründerinnen in Hamburg einfließen zu lassen;
7. der Bürgerschaft bis zum 31. März 2022 zu berichten.